E-03 Energiewende vorantreiben - Atomkraft stoppen

Antragsteller/innen: Reinhard Loske u.a.

Gegenstand: Energiewende vorantreiben - Atomkraft stoppen

Anmerkungen:

Zukunft mit Offshore-Windenergie statt CO2-Hotspot im Norden

Die BDK möge beschließen:

Die Klimaschutzziele Deutschlands und Europas können nur erreicht werden, wenn die Erneuerbaren Energien weiter signifikant ausgebaut werden. Der Offshore-Windenergie kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Ihre Potenziale liegen absehbar im Gigawattbereich. Sie zu erschließen heißt, Klimaschutz mit moderner Industriepolitik zu verbinden. Die aktuellen Pläne für den Bau zahlreicher Kohlekraftwerke entlang der norddeutschen Küste stehen dagegen im krassen Widerspruch zum Ausbau der Offshore-Windenergie. Sie kämen einer Abriegelung der Küste zulasten der klimafreundlichen Windkraft gleich.

Die Windenergie ist an Land eine längst eingeführte Technologie. Die deutsche Industrie hat sowohl bei Innovations- und Entwicklungsleistungen der Branche als auch in der Exportintensität Weltrang. Um zukünftig Windstrom offshore unter Bedingungen zu erzeugen, wie sie insbesondere vor den Küsten an der Nordsee anzutreffen sind, werden neue Anlagenkonzeptionen, veränderte Technologien, Innovationen bei den Komponenten, intelligente Installationslogistik, neue Formen der Netzintegration und ökologische Begleitforschung benötigt. Nur dann wird es gelingen, die Offshore-Windenergie zu einer in großem Umfang verfügbaren Technik umweltfreundlicher Energiegewinnung zu machen. Nur dann wird sie ihre Potenziale als Jobmotor in ganz Deutschland entfalten können. Nur dann wird die heimische Windindustrie ihre derzeitige technologische Führungsposition mittelfristig behaupten, da sie neue wichtige Exportmärkte erschließen kann.

Der Erfolg der Offshore-Windenergie hängt zudem davon ab, ob es Planungs- und damit Investitionssicherheit für das aufzubringende Kapital in Milliardenhöhe gibt.

Der in großen Windparks auf dem Meer erzeugte Strom muss ausreichend Einspeisekapazitäten in Transport- und Verteilnetze erhalten. Werden parallel und in nennenswerter Zahl konventionelle fossile Kraftwerke an den Küsten errichtet, wird es zu einer Konkurrenz um die Netzkapazitäten kommen. Die vorrangige Einspeisung von regenerativ erzeugtem Strom muss daher zwingend erhalten bleiben.

Werden die derzeit geplanten Kohlekraftwerke entlang der deutschen Küste zwischen Emden und Wilhelmshaven, Stade, Brunsbüttel und Hamburg, Kiel und Greifswald realisiert, wird Norddeutschland zum neuen CO2-Hotspot der Bundesrepublik statt zum europäischen Kompetenzzentrum für Windenergie. Diese drohende Fehlentwicklung zu Lasten einer zukunftsfähigen Energieversorgung wollen Bündnis 90/Die Grünen verhindern.

Um die Potenziale der Offshore-Windenergie voll zu nutzen, sind folgende Bedingungen zu erfüllen:

- **Windstrom muss vom Katzentisch in die VIP-Lounge der künftigen Energieerzeugung.**

Künftige energiepolitische Szenarien müssen die Rangfolge in der Erzeugung neu festlegen. Immer noch wird der Windstrom – und dies wird den offshore erzeugten noch stärker betreffen – wie ein ungebetener Gast auf dem Energiesektor behandelt. Dabei kommt dem Windstrom ein sehr hoher Stellenwert zu. Erst wenn den neuen, zukunftsfähigen Energieformen wirklich Priorität eingeräumt wird, kann die Windenergie mir ihren Ausbaumöglichkeiten vor allem auf dem Meer ihren vollen Nutzen für das Klima, die Arbeitsplätze und die Umwelt entfalten.

- **Die Stromnetze müssen dringend den Anforderungen der Zukunft angepasst werden.**

Die deutschen und europäischen Netze sind für die EU-weiten Ausbauszenarien der Offshore-Windenergie nicht ausgelegt. Es bedarf dringend eines umfassenden überregionalen Ausbaus transeuropäischer Stromnetze, die in der Lage sind, auch über weite Strecken erneuerbar erzeugten Strom zu transportieren. Erst wenn die Erneuerbaren Energien Vorrang in adäquat ausgebauten europäischen Netzen haben, wird die notwendige Energiewende insgesamt den Durchbruch schaffen. Beim Ausbau der Netze sind Naturschutzaspekte, besonders im ökologisch sensiblen Gebieten wie dem Wattenmeer, in vollem Umfang zu berücksichtigen, weshalb Erdkabel gegenüber Freilandkabeln im Regelfall zu bevorzugen sind.

- **Die vorhandenen Infrastrukturen müssen optimal für die Erneuerbaren genutzt werden.**

Neben dem Netzausbau bietet intelligentes Netzmanagement weitere Aufnahme- und Ausgleichsmöglichkeiten, die heute bei Weitem noch nicht ausgeschöpft sind. Gerade in der Übergangszeit bis zur Anpassung der Netzstrukturen ist es erforderlich, ggf. auch mit rechtlichen Mitteln alle Chancen der maximalen Einspeisung aus Erneuerbaren Energien zu nutzen.

- **Kein Netzkannibalismus.**

Pläne für konventionelle, fossile Kraftwerksneubauten an der Küste gefährden die Offshore-Windenergie. Es muss deshalb dringend verhindert werden, dass der Offshore-Ausbau durch klimafeindliche und um Netzkapazitäten konkurrierende Kraftwerkspläne konterkariert wird. Der Einspeisung von regenerativ erzeugtem Strom muss auch in Zukunft unbedingte Priorität gewährt werden.

- **Der Ausbau der Offshore Windenergie muss naturverträglich gestaltet werden.**

Die Installation der Windparks auf hoher See stellt nicht nur technisch und logistisch eine enorme Herausforderung dar. Sie bedeutet – wie viele andere Meeresnutzungen auch - einen Eingriff in das Ökosystem und stellt neben Fischerei, Schifffahrt, Militär und Erdöl-/Erdgasförderung eine weitere Belastung dar. In der Bauphase und beim Betrieb der Anlagen können Schallemissionen die Meeresumwelt beeinträchtigen.

Der Ausbau der Offshore-Windenergie muss deshalb so naturverträglich wie möglich realisiert werden und durch entsprechende Untersuchungen begleitet werden. Durch die Etablierung von Grenzwerten müssen schonende Installationsmethoden und emissionsarme Anlagentechnologien, die das Umweltrisiko minimieren, zum Standard werden. Allerdings gilt auch: Einmal installierte Windparks können später die Möglichkeit bieten, zu Ruhezonen für viele Tier- und Pflanzenarten zu werden. Auch eine solche Entwicklung muss gezielt unterstützt und wissenschaftlich begleitet werden.

- **Ausbau der Forschung für die Windenergie.**

In Deutschland gibt es mehrere gut entwickelte wissenschaftliche Forschungseinrichtungen, die die Windenergie weiterentwickeln. Noch aber ist die Wissenschaftslandschaft Deutschlands zersplittert und nicht klar konturiert. So ist sie für die weitere Entwicklung dieser Zukunftsenergie international nicht konkurrenzfähig. Die Schaffung eines profilierten, international wettbewerbsfähigen Kompetenzzentrums für die Windenergie ist deshalb dringend geboten.

- **Windenergie braucht auch offshore Planungssicherheit.**

Es bedarf bereits heute der Einleitung der nächsten Ausbauetappen. In der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) muss jetzt eine Festlegung für ein Ausbauziel von 25-30 GW raumplanerisch abgebildet werden. Windenergie darf nicht hinter Ansprüchen von Militär, Rohstoffgewinnung wie Sand- und Kiesabbau oder Schiffsverkehr zurückstehen. Im Gegenteil: Sie muss bei der Vergabe von Vorranggebieten und bei Wahrung von Naturschutzzielen prioritär behandelt werden.

- **Mittelständische Strukturen befördern.**

Die Windenergie ist eine klassische Technologie, die bis heute von Pionieren vorangetrieben wurde. Trotz deutlichen Wachstums ist die Branche noch geprägt von eigentümergeführten Unternehmen, flexiblen Dienstleistern, innovationsfreudigen, regional verankerten Betrieben und mittelständischen Strukturen. Für die künftigen Ausbauziele sind Kapitalmengen und Risikoabsicherungen erforderlich, die unter den derzeitigen Voraussetzungen nicht aufgebracht werden können. Bereits heute zeichnen sich eine Internationalisierung und eine Dominanz von Konzernstrukturen ab, die auch auf dem klassischen Energiesektor zu finden sind. Um mittelständische Strukturen zu stärken und damit auch einen innovationsfreundlichen, breiteren Technologieansatz zu fördern, müssen neue Formen der Kapitalbereitstellung und Investitionsabsicherung gefunden werden.

AntragstellerInnen: Reinhard Loske (KV Bremen-Ost); Reinhard Bütkofer (KV Berlin-Mitte); Renate Künast (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Susan Mittrenga (KV Bremen-Mitte); Matthias Güldner (KV Bremen-Mitte); Maike Schaefer (KV Bremen-Nord); Karin Mathes (KV Bremen-Ost); Hans-Josef Fell (KV Bad Kissingen); Elmar Gillet (KV Rhein-Erft); Bettina Herlitzius (KV Aachen Land); Dieter Janecek (KV München); Karsten Kretschmer (KV Köln); Oliver Krischer (KV Düren); Rainer Lagemann (KV Steinfurt); Christian Maaß (KV Hamburg-Altona); Monika Mertens (KV Rhein-Erft); Mona Neubaur (KV Düsseldorf); Samuel Olbermann (KV Düsseldorf); Claudius Rafflenbeul-Schaub (KV Düsseldorf); Jörg Sauskat (KV Rostock) und weitere